

„Wir bedauern sehr, dass die ehemalige Hünstetter Mehrheitspartei endgültig den Bezug zur Realität verloren hat“, reagiert die Fraktion der Hünstetter Liste auf die letzten Äußerungen der SPD-Fraktion.

„Seit Beginn der Amtszeit unseres Bürgermeister Jan Kraus verdreht die Partei bewusst Tatsachen und hat keine Gelegenheit ausgelassen, mit Dreck auf den Amtsinhaber zu werfen“, betonen die Gemeindevertreter der HüLi.

Auch bei den Anwalts- und Gutachterkosten werde dieses Spiel betrieben. „Es ist einfach unglaublich, dass diese Partei hier Kosten vermische und letztlich dem Bürgermeister die Kosten der Jahresabschlüsse vorhalte. Man sollte an dieser Stelle nicht vergessen, dass Bürgermeister Kraus und die Gemeindeverwaltung vor allem die Jahresabschlussarbeiten vor der Amtszeit des jetzigen Bürgermeisters vollendeten, d.h. hier geht es um Kosten, die in der Vergangenheit begründet sind“, stellt die Fraktion klar.

„Mit Ihrer Strategie versucht die SPD die Täter-Opfer-Rolle zu verdrehen. In der Zeit vor dem Amtsantritt des Bürgermeisters Kraus sind Gelder in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro an überwiegend einen Makler rechtsgrundlos gezahlt worden. Die Gerichte haben hier eine deutliche Sprache gesprochen. Das ist der eigentliche Skandal, da hier der betroffene Eigenbetrieb der Gemeinde geschädigt wurde und somit der Gemeindekasse dieser immens hohe Betrag fehle“, so die Fraktion.

„Es sei die Pflicht des Bürgermeisters und letztlich aller Gemeindegremien zu klären, ob und wer für diesen Betrag in Regress genommen werden kann. Hier Böswilligkeit oder Rache zu unterstellen, geht an der Sache vorbei. Schließlich geht es gerade um das Wohl der Gemeinde und Sicherung deren Vermögens“, so die HüLi.

„Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Interessen die SPD verfolgt. Interessant wäre in diesem Zusammenhang, ob diese bereit ist, die Spender der letzten 20 Jahre offenzulegen. Vielleicht könnte eine solche Maßnahme manche Frage beantworten“, so die Fraktion abschließend.